



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 484 / 2012

Kiel, Mittwoch, 12. Dezember 2012

Energie / Fracking-Verfahren

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Oliver Kumbartzky: Rechtsklarheit herstellen und Beteiligungsrechte sichern

In seiner Rede zu **TOP 37** (Keine Genehmigung für Fracking in Schleswig-Holstein) erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Fracking ist ein umstrittenes geologisches Verfahren, und es besteht eine nicht unerhebliche Anzahl potentieller Risiken, die vor allem ökologische Fragen betreffen. Daher fordern wir dazu auf, Rechtsklarheit im Bergrecht und im Verwaltungsverfahrenrecht dahingehend herzustellen, dass auch schon Erkundungsvorhaben einer eingehenden Umweltverträglichkeitsprüfung zuzuführen sind, die zur Versagung von Erkundigungsgenehmigungen führen kann.

Wir erwarten, dass die Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und umfassend über die Gefahren des Fracking aufklärt und über konkrete Aufsuchungs- und Erkundungsvorhaben informiert. Die Landesregierung soll alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Fracking in Schleswig-Holstein zu verhindern.

Herr Ministerpräsident, Sie sagten während Ihrer Regierungserklärung am 13. Juni 2012 zum Thema Energiewende, Zitat: ‚Meine – wie jede verantwortungsbewusste – Regierung wird sich daran messen lassen, ob wir dieser historischen Aufgabe gerecht werden. Auch deshalb lehnen wir im Land CCS und Fracking unmissverständlich ab. Bis zu einem bundeseinheitlichen Verbot wird ein Landesgesetz beides verhindern.‘

Ich frage mich in diesem Zusammenhang, was eigentlich aus Ihren Ankündigungen geworden ist?! Sie haben am 17. Juli 2012 im Kabinett beschlossen, CCS-Speicherung im gesamten Landesgebiet gesetzlich ausschließen zu wollen. Das war gut und richtig, denn die Bekundung allein hat schon eine blockierende Wirkung. Dennoch: Der Umweltminister verkündete in seiner Pressemitteilung am selben Tag, dass der Gesetzentwurf voraussichtlich im Spätsommer ins Kabinett und im November in den Landtag eingebracht werden soll. Nun ist Dezember und der Gesetzentwurf liegt noch immer nicht vor.

Der Landtag und die Bevölkerung warten auf dieses Gesetz. Gleiches gilt für das Fracking-Verbot-Gesetz, das Ministerpräsident Albig angekündigt hat. Sie haben recht, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, dass sich Ihre Regierung daran messen lassen muss.“